Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1988

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 1 M. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 1 | Dresden, Sonnabend den 2. Januar 1926 | 37. Jahrg.

Sächsische Landesbibliothek Dresden

Stresemanns Erklärung

SPD. Der Reichsaußenminister hat am Donnerstag Gelegenheit genommen, nach acht skandalreichen Tagen sich endlich einmal vor der Berliner Presse über die „Stellenjägerei" der deutschnationalen Blätter und der Täglichen Rundschau zu äußern. Vielleicht wäre er einer offenen Stellungnahme auch weiterhin aus dem Wege gegangen, wenn nicht die Gefahr bestanden hätte, daß dabei die Autorität des Auswärtigen Amtes völlig zum Teufel gegangen wäre. Der wesentliche Inhalt seiner Erklärung, die zu einem großen Teil einer falsch angewandten Entrüstungskanonade gegen den Vorwärts und den Soz. Pressedienst glich, ist vom Reichsaußenminister in einem Kommuniqué niedergelegt, das amtlich als Meinung des Auswärtigen Amtes Verbreitung gefunden hat.

Mit dem rein sachlichen Teil dieser Darstellung kann sich die Sozialdemokratie zufrieden geben. Sie bestätigt nochmals, daß im Auswärtigen Amt von einem offiziellen Schritt der Sozialdemokratischen Partei hinsichtlich der Besetzung des Genfer Postens nichts bekannt ist. Als verantwortlicher Minister, der von sich aus im allgemeinen Interesse die schnelle Klärung des jetzt acht Tage dauernden Skandals ersehnen sollte, hätte Stresemann nach Kenntnis der Dinge von sich aus hinzufügen müssen, daß er auch von einem privaten Schritt der Sozialdemokratie und ebenso wenig von einem Privatschreiben eines prominenten Sozialdemokraten nichts weiß. Aber eine derartige Erklärung mußte ihm vor den Pressevertretern gewissermaßen aus dem Munde gezogen werden, so daß ein entsprechender klarer Passus in der neuesten amtlichen Verlautbarung fehlt und die deutschnationale Presse infolgedessen auch am Freitag noch weiter so tun kann, als ob es sich neben dem Brief des Zentrumsabgeordneten Marx außerdem noch um einen Privatakt von sozialdemokratischer Seite in Genf handeln würde, während das Gegenteil längst erwiesen ist. In dieser Hinsicht hat Herr Stresemann jedenfalls durch eine entsprechende amtliche Verlautbarung noch etwas nachzuholen.

Diese Pflicht besteht für ihn um so mehr, als der ganze Skandal nur den jetzigen Umfang annehmen konnte, weil das Auswärtige Amt acht Tage lang eine positive Aeußerung vermied und den Eindruck duldete, als ob die Bestätigung des deutschnationalen Schwindels durch die Tägliche Rundschau offiziösen Charakter trug. Am Donnerstag hat der Reichsaußenminister nun vor der Presse festgestellt, daß dieser Eindruck unberechtigt war, aber er persönlich hat bis dahin weder mündlich noch schriftlich auch nur das geringste gegen diese falsche Auffassung getan, obwohl alle politischen Zitate aus dem ihm zweifellos nahestehenden Blatt immer und immer wieder mit einem entsprechenden Vermerk veröffentlicht worden sind. Erst nachdem im In- und Ausland durch die stillschweigend geduldete falsche Meinung von der Täglichen Rundschau als offiziösem Organ genügend Schaden angerichtet worden ist, nimmt das Blatt am Freitag von sich aus Veranlassung, seinen offiziösen Charakter für die Zukunft abzumelden. Der Versuch, auch für die Vergangenheit das Offiziösentum abzustreiten, ist ebenso dumm wie das Bestreben offizieller Reichswehrstellen, die Verbindung mit der Schwarzen Reichswehr zu leugnen, nachdem diese Femevereinigung gewissermaßen unter dem Schein obrigkeitlicher Duldung großgezogen worden ist.

Die Logik scheint bei der Deutschen Volkspartei überhaupt nicht zu Hause zu sein. Der Reichsaußenminister stellte z. B. im weiteren Verlauf seiner Erklärungen fest, daß Generalkonsul Aschmann vollkommen korrekt gehandelt habe, ohne aber die Möglichkeit ins Auge zu fassen oder zu bestreiten, daß die Schwindelmeldung des Tag auf ihn zurückzuführen ist. Bestritten wurde aber entschieden, daß von dem Genfer Bericht über die Erklärungen einer maßgebenden Persönlichkeit im Sekretariat des Völkerbundes vom Auswärtigen Amt der Presse oder sonst einer Stelle Mitteilung gemacht worden sei. Diese allgemeine Behauptung kann Herr Stresemann ebenso wenig beweisen, wie er positiv die Vermutung zu widerlegen vermag, daß die Meldung des Tag nicht auf irgendeine Person im Auswärtigen Amt zurückzuführen ist. Seine Feststellung kann u. E. überhaupt nur insoweit zutreffen und ist vorläufig nur so weit beweisbar, als das Auswärtige Amt offiziell keine Mitteilung an Dritte gemacht hat. Allem Anschein nach aber hat Herr Stresemann auch heute noch keine Neigung, durch eine scharfe, absolut notwendige Untersuchung in seinem Amt und bestimmten Aufklärungen in Genf in die Skandalaffäre Licht zu bringen. Das soll nur einseitig geschehen, und zwar soweit der Soz. Pressedienst in der Lage war, Mitteilung von einem im Auswärtigen Amt vorliegenden Telegramm des Genfer Generalkonsuls zu machen. In diesem Falle scheint Herr Stresemann seinem Amt nicht zu trauen, während es in dem Fall des Berliner Tag für ihn einfach ganz ausgeschlossen ist, daß die Schwindelmeldung auf das Auswärtige Amt zurückgeht. Was ist das für eine Logik?

Die Dinge liegen eben so: Man will eine Nebensache aufklären, um der Hauptsache auf diese Art aus dem Wege zu gehen. Warum wird nicht zunächst aufgeklärt, wie die Tägliche Rundschau „angeblich in der Lage war, von einem entsprechenden Telegramm der deutschen Vertretung in Genf" Kenntnis zu besitzen? Ohne diese Kenntnis wäre das Blatt u. E. nicht in der Lage gewesen, die am vorvergangenen Donnerstag verbreitete Meldung des Tag schon am Freitag, also vier Tage früher, zu bestätigen, als der Soz. Pressedienst von der Tatsache des Telegramms Kenntnis zu geben in der Lage war. Warum wird nicht endlich festgestellt, mit wem der Urheber des Skandals, Herr Kriegk, am 23. und 24. Dezember im Auswärtigen Amt gesprochen hat und welcher Art die Unterhaltungen waren? Weshalb wurde bis heute trotz fortgesetzten Aufforderungen von den verschiedensten Seiten auf eine genaue Feststellung darüber verzichtet, ob die maßgebende Persönlichkeit des Völkerbundsekretariats gegenüber Herrn Aschmann wirklich von Parteilisten gesprochen hat und mit welcher Begründung? Wir möchten nicht annehmen, daß Herr Aschmann in dem strittigen Fall lediglich den Briefträger der maßgebenden Persönlichkeit gespielt, sondern auch gefragt hat, von wem die Parteilisten stammen. Im Sekretariat des Völkerbundes selbst wird man nach einer direkten Anfrage des Auswärtigen Amts oder durch die deutsche Gesandtschaft in Bern über den Sachverhalt sicherlich ohne weiteres Auskunft geben.

Alle falsche Entrüstung des Herrn Reichsaußenministers hilft jedenfalls nicht über die Tatsache hinweg, daß die Skandalaffäre nach wie vor einer entschiedenen Aufklärung bedarf. Sie immer und immer wieder zu fordern und sie gegebenenfalls durch den Reichstag herbeiführen zu lassen, ist die Pflicht aller Parteien, die bestrebt sind, deutschnationale Verleumdermethoden in dem politischen Leben Deutschlands unmöglich zu machen.

Doumers steuerliche Gemeinheit

P. Paris, 31. Dezember. (Eig. Drahtb.) Die am Dienstag in der Kammer eingebrachte neue Finanzvorlage Doumers umfaßt nicht weniger als 13 Artikel. Die ersten acht beschäftigen sich mit der Amortisierung der Staatsschuld, für die jährlich 4,5 Milliarden aufgewendet werden sollen. Zwei Milliarden sollen zur Abzahlung der Vorschüsse der Bank von Frankreich dienen, weitere 2,5 Milliarden in eine besondere Amortisationskasse fließen, die nach eigener Wahl diese Summe zum Rückkauf von Renten, Anleihen, Schatzbons und sonstigen Schuldverschreibungen des Staates verwenden soll. Die fünf letzten Artikel des Gesetzentwurfes enthalten die Steuererhöhungen. Artikel 9 bestimmt, daß die am 4. Dezember als außerordentliche Abgabe bewilligte Erhöhung der Einkommensteuer den ordentlichen Einnahmen des neuen Haushalts zufließen soll. Artikel 10 erhöht die geltenden Börsenstempelsteuern um durchschnittlich 50 Prozent. Die Mehreinnahmen von einer Milliarde aus dem Tabakmonopol sollen durch Hinaufsetzung der Verkaufspreise gewonnen werden, die ohne Unterschied auf das Fünffache des Friedenspreises erhöht werden.

Die Hauptlast dieser sogenannten Finanzreform soll die von Doumer vorgeschlagene Verkaufsstempelabgabe tragen, die in Wirklichkeit eine verschleierte Verdoppelung der Umsatzsteuer ist. Es ist geradezu ein Hohn, wenn in der Begründung zum Gesetzentwurf ausgeführt wird, daß die Regierung diese Abgabe vorgeschlagen habe, nicht nur wegen der Einfachheit ihrer Erhebung, sondern vor allen Dingen auch aus Gründen der „steuerlichen Gerechtigkeit". Steuerliche Gemeinheit ist der richtige Ausdruck.

•

In schweren Gefahren

P. Paris, 1. Januar. (Eig. Drahtb.) Die Neujahrsbetrachtungen der Linkspresse sind ungewöhnlich pessimistisch gestimmt. Das Jahr 1925 endet schlecht, schreibt der Quotidien unter Hinweis auf die Fortdauer der Feindseligkeiten in Marokko und Syrien, auf „die monströse Finanzvorlage des Herrn Doumer, die die Kammer niemals annehmen werde und die deshalb lediglich einen neuen unnötigen Zeitverlust bedeute, auf die wachsende Teuerung und die bevorstehende Ausbreitung des Geistes des Faschismus, der bis in das Elysee (Präsidentensitz) hinein Fuß zu fassen vermocht habe und der Frankreich mit schweren Gefahren bedrohe". Das Blatt schließt mit einem Appell an die Parteien der Linken, die nur durch Wiederherstellung der Einheitsfront, durch den Mut zur Verantwortung und gemeinsamen Uebernahme der Regierung die Situation retten könnten. Das richtet sich besonders an die Sozialisten.

•

Die Kammer wartet auf den sozialistischen Parteitag

P. Paris, 1. Januar. (Eig. Drahtb.) Die Kammer, die die Silvesternacht hindurch ihre Beratungen fortgesetzt hat und am Freitagmorgen um 6 Uhr die Diskussion des Ausgaben-Etats zu Ende geführt und ein provisorisches Budgetzwölftel verabschiedet hat, vertagte sich bis zum 12. Januar. Dieser Termin wurde gewählt, weil am 10. Januar der sozialistische Parteitag stattfindet, der das entscheidende Wort über die Haltung der Sozialisten zur Koalitionsregierung sprechen wird. Erst dann gehen die politischen Arbeiten weiter.

•

Einzelbeschlüsse zur Regierungsbildung

P. Paris, 31. Dezember. (Eig. Drahtb.) Die sozialistische Bezirksorganisation von Montpellier hat sich mit 65 gegen 38 Stimmen gegen die Beteiligung der Partei an einer bürgerlichen Regierung ausgesprochen und ihren Delegierten für den außerordentlichen Parteitag den Auftrag gegeben, gegen den Eintritt in ein nichtsozialistisches Kabinett zu stimmen. Die Verbände des Seine-Departements haben bisher noch nicht einheitlich Stellung genommen. Es liegen nur einzelne Beschlüsse der verschiedenen Sektionen vor, die sich zu einem großen Teil für die Beteiligung aussprechen. Interessant ist die Begründung, mit der die Abteilung des Montmartre ihren Beschluß motiviert. Da die Parlamentsfraktion einstimmig beschlossen habe, zusammen mit andern Parteien der Linken ein gemeinsames Sanierungsprogramm auszuarbeiten, müsse die sozialistische Partei alle ihre Bemühungen darauf richten, die Durchführung dieses Programms zu sichern; sie dürfe deshalb, falls es sich als notwendig erweise, auch vor der Beteiligung an der Regierung nicht zurückschrecken.

Das „heilige" Jahr

Von unserm italienischen Mitarbeiter

E. Rom, Ende Dezember.

Das jetzt zur Neige gehende Jahr bedeutet für den italienischen Faschismus die Betonung und teilweise Verkörperung bestimmter und ziemlich klar umrissener Tendenzen an Stelle des Stürmes und Dranges der ersten Jahre faschistischen Regimes. Es bedeutet dennoch für das italienische Proletariat weitere Bedrückung und Entrechtung. Man könnte es also ein Jahr der Niederlage nennen, wenn nicht die in ihm ausgestaltete reaktionäre Utopie des faschistischen Staates schon alle Merkmale der Lebensunfähigkeit in sich trüge. Nicht in dem Sinne, daß ein baldiger Zusammenbruch des Regimes zu erwarten wäre, das 300 000 Bewaffnete zählt, den Staatsmechanismus in Händen hat, über die öffentlichen Gelder verfügt und über die Machtmittel der Hochfinanz und der Industrie. Wohl aber im weiteren Sinne einer geschichtlichen Perspektive, daß man nämlich an Stelle des demokratischen liberalen Staates nichts andres hat setzen können als einen riesigen bureaukratischen Apparat, in dem der Exekutivgewalt alles zufällt, was in normalen Staaten die Prärogative der richterlichen und der gesetzgeberischen Gewalt ausmacht, eine byzantinische Ueber- und Unterordnung, eine Regelung von oben, die ins kleinste geht, eine Unsumme behördlichen und polizeilichen Zwanges, durch die man wähnt, die Beziehungen von Arbeit und Kapital zu regeln, der Wissenschaft ihre Schlußfolgerungen, dem einzelnen Bürger seine Ueberzeugung vorzuschreiben, die Freizügigkeit durch polizeiliche Leumundszeugnisse zu beschränken, das Individuum zu einem bloßen Werkzeug der Zentralgewalt zu machen, wie einst in den orientalischen Staaten. Das Jahr 1925 hat den Begriff des faschistischen Staates ausgereift, aber was es gezeitigt hat, ist eine Mißgeburt.

Es ist sicher nicht erfreulich und gereicht auch einer Arbeiterklasse nicht zur Ehre, dem Austragen einer solchen gesetzlichen und staatsrechtlichen Monstrosität nicht haben entgegenwirken zu können. Es ist immerhin eine Verheißung, daß man bei Verneinung aller Ideale der Demokratie und des Liberalismus nur ein ganz und gar künstliches, funktionsunfähiges Staatsgebilde hat aushecken können.

Man sehe sich nur die „Versöhnung von Kapital und Arbeit" an, der als Gesetz über die Syndikate und das obligatorische Schiedsgericht dienen soll. Es setzt an Stelle der natürlichen Macht, die sich aus dem Zusammenschluß ergibt, eine künstliche, vom Staat verliehene Macht, die der gesetzlichen Anerkennung. Um sie zu erlangen, braucht das Syndikat keineswegs zu beweisen, daß es die Mehrheit der Arbeiter seiner Kategorie und seines Bezirks umfaßt; das tut gar nichts zur Sache. Es braucht nur 10 Prozent dieser Arbeiter zu seinen Mitgliedern zu zählen; hat es dann „Führer von bewährter nationaler Gesinnung" — und wer hätte die, wenn nicht die faschistischen Syndikate! — dann ist es der Anerkennung gewiß. Mit der Anerkennung verleiht der Staat Macht und nimmt sie. Er nimmt dem Syndikat jede Selbstverwaltung, läßt keinen seiner gewählten Führer ohne staatliche Bestätigung gelten. Aber er verleiht Macht über alle außerhalb des Syndikats stehenden Arbeiter, deren ausschließlicher Vertreter das gesetzlich anerkannte Syndikat wird. Nur dieses kann im Namen aller Arbeiter mit den Unternehmern verhandeln, kann Tarifverträge abschließen, Schiedsgerichte anrufen, kurz gesagt, gewerkschaftliche Tätigkeit entfalten. Außerdem hat es das Recht, von allen außerhalb seiner Organisation stehenden Arbeitern Beiträge zu erlangen in der Höhe eines Arbeitstages pro Kopf und Jahr. Das gesetzlich anerkannte Syndikat wird also mit Machtbefugnissen ausgestattet, nicht gegen die Unternehmer, sondern gegen die nichtfaschistischen Arbeiter, die es lenkt, vertritt, besteuert, ohne daß sie den Mund aufmachen können. Damit es diese ihm verliehene Macht nicht gegen die Unternehmer kehre — man denke, daß die gesamten Syndikate der Arbeiter ein Jahreseinkommen von rund 250 Millionen Lire haben werden, das allen Arbeitern vom Lohn einbehalten wird! — hat man dann das obligatorische Schiedsgericht geschaffen, in dem ernannte Berufsrichter und ernannte Laienbeisitzende alle Fragen, die auf das Arbeitsverhältnis Bezug haben, in rechtsverbindlicher Weise entscheiden, wodurch der Streik für die Arbeiter und der Boykott für die Unternehmer strafbar wird. Es liegt auf der Hand, daß diese Schiedsgerichte von der Regierung abhängen werden. Das ist auch von Mussolini ausdrücklich den Unternehmern zur Beruhigung versprochen worden. Das Ganze ist eine Art Taschenspielerei: die Regierung schafft Arbeiterorganisationen, die eine Unmasse Rechte haben gegenüber den ihnen nicht angehörigen Arbeitern, aber die Auseinandersetzung mit dem Kapital vertrauensvoll der Behörde überlassen sollen. Im Grunde handelt es sich um eine Verdrängung des Klassenkampfes durch einen Kampf der faschistischen Arbeiter gegen die nichtfaschistischen. Der dritte, dem der Streik zum Vorteil gereicht, ist natürlich der Kapitalist.

Dann die Schaffung des starken Staates! Darin ist im Laufe des Jahres nach einem einzigen Rezept gearbeitet worden: Abbau des Parlaments, Verstärkung der Exekutivgewalt. Sie erhält im ersten Minister — Mussolini wollte die Bezeichnung „erster

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19260102/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG